

## Bericht

über die 40. Hauptversammlung am 28. Mai 1965

Ort: Großer Hörsaal für Experimentalphysik

Beginn: 10.15 Uhr s. t.

Anwesend: Etwa 270 Mitglieder und Gäste und etwa 100 Studenten

Der Vorsitzende, Herr Dr. Dr. rer. nat. h. c. Karl Merck, eröffnete die Hauptversammlung der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt E. V. Er begrüßte die Mitglieder und stellte fest, daß sie ordnungsgemäß geladen waren und daß die Hauptversammlung beschlußfähig sei.

Die Vereinigung habe sich auch im abgelaufenen Jahr weiter günstig entwickelt. Mehr als 150 Mitglieder sind neu hinzugekommen. Der augenblickliche Stand beträgt 1675. Die Vereinigung habe wiederum durch Freunde und Mitglieder bedeutende Spenden erhalten. Es sind insgesamt 541 000 DM eingegangen. Davon zur freien Verfügung 272 000 DM.

Herr Dr. Merck bat sodann den Schatzmeister, Herrn Dr. Horst Slevogt, über den finanziellen Stand im einzelnen zu berichten.

Herr Dr. Slevogt trug eine Einnahmen- und Ausgabenübersicht sowie eine Vermögensübersicht und die Jahresrechnung vor.

Namens der Rechnungsprüfer, der Herren Bankdirektoren Fleischer und Dr. Bauch, erstattete Herr Fleischer den Rechnungsprüfungsbericht. Herr Fleischer stellte fest, daß die Rechnungsprüfer Einsicht in den Schriftwechsel und die Bewilligungsunterlagen sowie die Belege der Vereinigung über das Geschäftsjahr 1964/65 genommen hatten und erklärte, daß die Wirtschaftsprüfung durch die Industrie-Treuhand GmbH, Mannheim, zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben habe. Er sprach dem Schatzmeister, Dr. H. Slevogt, dem Geschäftsführer, Dr. Th. Krebs, und den Damen der Geschäftsstelle, Frau Best und Frau Schober, den Dank der Vereinigung für die im abgelaufenen Vereinsjahr geleistete Arbeit aus. Die Mitgliederversammlung erteilte auf seinen Antrag Vorstand und Vorstandsrat Entlastung.

Dr. Merck dankte den Rechnungsprüfern.

Er teilte mit, daß seine Wahlzeit abgelaufen sei und bat um Verständnis, wenn er aus Altersgründen den Wunsch ausgesprochen habe, von einer Wiederwahl abzusehen. Er übertrug sodann die weitere Verhandlungsführung dem stellv. Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Professor Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Kurt Klöppel.

Herr Professor Klöppel gedachte nunmehr kurz der Verdienste von Herrn Dr. Merck und bemerkte, daß er sich eine ausführliche Würdigung für die Festversammlung vorbehalten wolle.

Er erläuterte sodann die vom Vorstand und Vorstandsrat gebilligten Wahlvorschläge. Sämtliche Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat erfolgten einstimmig. Die turnusmäßig nach 3 Jahren ausscheidenden Vorstands- und Vorstandsratsmitglieder wurden, mit Ausnahme von Herrn Dr. Merck, entsprechend seinem Wunsche, wiedergewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden die Herren:

Ehrensensator Dipl.-Ing. Ludwig Büchner, Mitglied der Geschäftsführung der Firma Carl Schenck Maschinenfabrik GmbH Darmstadt und  
Direktor Dipl.-Ing. Hanns Burkart, Mitglied des Vorstandes der Firma Brown, Boveri & Cie. AG, Mannheim.

Neu in den Vorstandsrat gewählt wurden die Herren:

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Richard Faulstroh, in Firma Jakob Faulstroh, Groß-Gerau;  
Direktor Gerhard Pohl, Vorstandsmitglied der Firma Wella AG, Darmstadt;  
Gert Silber-Bonz, Vorsitzter des Vorstandes der Firma Veith-Pirelli AG, Höchst (Odw.);  
Bankdirektor Dipl.-Kfm. Manfred Schneider, Dresdner Bank AG, Filiale Darmstadt.

Als Vertreter der einzelnen Fakultäten der Technischen Hochschule im Vorstandsrat wurden gemäß § 13 unserer Satzungen neu bestimmt die Herren:

Professor Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Otto Kirschmer, für die Fakultät Bauingenieurwesen;

Professor Dr. rer. nat. Walter Humbach, für die Fakultät Maschinenbau;  
wiederbestimmt wurde

Professor Dr. phil. Karl Schlehta, für die Fakultät Kultur- und Staatswissenschaften.

Als Rechnungsprüfer wurde Herr Bankdirektor i. R. Theodor Fleischer wiedergewählt. Als Nachfolger von Herrn Bankdirektor Dr. Burkart Bauch, der Darmstadt verläßt und sein Amt zur Verfügung gestellt hat, wurde Herr Dr. Franz Wenzel als Rechnungsprüfer neu gewählt.

Herr Professor Dr. Klöppel trug sodann die zur Zuständigkeit der Mitgliederversammlung gehörigen Anträge auf Bewilligung von Mitteln vor. Aus einer Jubiläumsspende soll ein Analogrechner für das hochschuleigene Rechenzentrum beschafft werden. Zu diesem Hauptgerät wird ein Zusatzgerät benötigt, und zwar ein 8-Kanal-Schreiber, für den ein Betrag von 50 000 bis 60 000 DM erforderlich ist. Die Mitgliederversammlung wurde um die Ermächtigung gebeten, bis zu 60 000 DM für die Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Dem Antrag wurde ohne Debatte entprochen.

Aus Anlaß der Bestellung von Herrn Dr. Karl Merck zum Ehrenpräsidenten hat der Vorstand eine Anregung Sr. Magnifizenz aufgenommen, für musische Leistungen einen Preis von jährlich 6000 DM zu bewilligen. Diese Mittel sollen zur Belegung

der musischen Betätigung der Studenten an der Technischen Hochschule beitragen. Der Preis soll den Namen „Karl-Merck-Preis“ tragen. Er soll von der Vereinigung einmal im Jahr für künstlerische Leistungen ausgeschrieben und in drei Klassen vergeben werden, für

- a) schriftstellerische oder dichterische Arbeiten oder schauspielerische Leistungen,
- b) musikalische Darbietungen oder kompositorische Arbeiten,
- c) Arbeiten auf dem Gebiet der Plastik, der Malerei oder der Graphik.

Er soll nicht für eine künstlerische Arbeit vergeben werden, die im Rahmen der Ausbildung an der Technischen Hochschule entstand. Der Preis ist in jeder Klasse mit einer Zuwendung von 2000 DM verbunden; diese kann geteilt werden. Wird der Preis in einer Klasse nicht vergeben, so kann die Geldzuwendung ganz oder zum Teil dem Preis einer anderen Klasse zugeschlagen werden. Da es sich um eine jährlich wiederkehrende Leistung handelt, erscheint es notwendig, die Mitgliederversammlung um ihre Zustimmung zu bitten. Einwendungen hiergegen wurden nicht vorgebracht. Dem Antrag wurde durch Akklamation zugestimmt.

In der folgenden Festversammlung führte Herr Professor Dr. Klöppel als stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung aus:

Die Hauptversammlung hat soeben dem Wunsche von Herrn Dr. Karl Merck entsprochen, von einer Wiederwahl mit Rücksicht auf sein Alter abzusehen. Herr Dr. Merck hat, nachdem er der Mitgliederversammlung eine Rückschau und einen Rechenschaftsbericht gegeben hat, mich gebeten, als stellvertretenden Vorsitzenden die weiteren in die Zukunft weisenden Verhandlungen zu übernehmen.

Herr Professor Dr. Klöppel würdigte sodann die großen Verdienste von Herrn Dr. Karl Merck und gab bekannt, daß der Vorstand ihn nach § 7 der Satzungen zum *Ehrenpräsidenten* bestellt habe. In dieser Eigenschaft werde sein Rat der Vereinigung erhalten bleiben, da er an allen Sitzungen des Vorstandes und des Vorstandsrates mit Sitz und Stimme teilnehmen kann. Professor Dr. Klöppel fuhr fort: „Auch für zahlreiche menschliche Begegnungen, mit denen Sie uns bereichert haben, durch die Weisheit Ihres Alters und durch die Güte Ihres Herzens, danken wir Ihnen herzlich. Wir hoffen, Sie in Ihrer Eigenschaft als Ehrenpräsident immer wieder bei uns zu sehen. Wir können uns glücklich schätzen, daß zwei Männer, Köhler und Merck, mit viel Geschick die Vereinigung so geleitet haben, daß ihr große Erfolge beschieden waren.“

Nachdem die Hauptversammlung die von Vorstand und Vorstandsrat vorgeschlagenen Wahlen vollzogen und Herrn Ehrensator Dipl.-Ing. Ludwig Büchner zum Vorstandsmitglied gewählt hat, ist der Vorstand in der Pause zusammengetreten und hat ihm das Amt des Vorsitzenden der Vereinigung angetragen. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß Herr Büchner die Wahl zum Vorsitzenden angenommen hat. „Wir glauben in Ihnen als einem Unternehmer von Ruf und Träger heimischer Tradition den richtigen Vorsitzenden gefunden zu haben.“

Herr Professor Dr. Klöppel begrüßte sodann die Mitglieder und Gäste, insbesondere Se. Magnifizenz, den Rektor der Technischen Hochschule, Herrn Professor Dr. Küntzel, den Rektor designatus, Herrn Professor Dr. Klein, dem er ein erfolgreiches Jahr wünschte, für den Landtag, den Herrn Landtagspräsidenten Fuchs, die Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses, Frau Ruth Horn, Herrn Regierungspräsident Dr. Wetzel für die Landesregierung, und Herrn Bürgermeister Dr. Holtzmann. Er begrüßte weiter die Herren Vertreter hoher Behörden und Verwaltungen einschließlich der auswärtigen Vertretungen. Wie alljährlich gedachte er besonders

unserer Freunde aus der Ostzone, denen wir uns in dem Wunsch nach Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit herzlich verbunden fühlen. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß die Studentenschaft (ASTA) einen schriftlichen Gruß an die Festversammlung gerichtet habe, in der sie zum Ausdruck brachte, daß sie der Vereinigung von Freunden für ihre großzügige Unterstützung der Hochschule und der Studentenschaft großen Dank schulde.

Ein besonderer Gruß galt Herrn Ehrensator Dr. Dr. rer. nat. h. c. Karl Merck für seine langjährige Tätigkeit als Vorsitzender der Vereinigung. Die Studentenschaft bedauere das Ausscheiden von Herrn Dr. Merck aus dem Vorstand, weil er sich in ganz besonderer Weise um die Belange der Studentenschaft bemüht habe. Man wünsche der Tagung einen glücklichen Verlauf und einen guten Erfolg.

Professor Dr. Klöppel gedachte sodann der Freunde und Mitglieder, die die Vereinigung im letzten Jahr verloren hat.

Es verstarben:

Das Vorstandsmitglied:

Ehrensator Dr. jur. et rer. pol. Dr. rer. pol. h. c. Hans Leonhard Hammerbacher, Mitglied des Aufsichtsrates der Firma Brown, Boveri & Cie. AG, Mannheim;

die Vorstandsratsmitglieder:

Ehrensator Fabrikant Alfred Silber-Bonz, Inhaber der Firma J. J. Schlayer GmbH, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Firma Veith-Pirelli AG Höchst (Odw.), Reutlingen;

Professor Dr.-Ing. Helmut Bodemüller, Technische Hochschule Darmstadt;  
Dr. med. h. c. Dr. phil. h. c. Ferdinand Springer, Springer Verlag, Heidelberg;

die Mitglieder:

Dipl.-Ing. Günter Bär, Frankfurt am Main-Griesheim;

Dr. Gerhart Lehmann, Darmstadt;

Direktor i. R. Dr.-Ing. Ernst Mengeringhausen, Bad Homburg v. d. H.;

Fabrikdirektor i. R. Carl Herrmann, Essen-Bredeney;

Ehrensator Direktor Dipl.-Ing. August Brill, Mitglied des Aufsichtsrates der Firma Maschinenfabrik Turner AG, Oberursel (Taunus);

Direktor Dipl.-Ing. Walter Ferck, Hamburg-Wandsbek;

Dipl.-Ing. Heinrich Nees, Darmstadt;

Studienrat Dr. Wilhelm Glenz, Darmstadt;

Professor Dipl.-Ing. Ludwig von Roeßler, Nieder-Ramstadt;

Dr.-Ing. Hans Sauer, Kronberg (Taunus);

Ehrensator Professor Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Dr.-Ing. E. h. Theo Goldschmidt, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Firma Th. Goldschmidt AG, Essen.

Professor Dr. Klöppel dankte der Versammlung, die sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben hatte.

Er dankte den Mitgliedern und Freunden für die Aufgeschlossenheit, mit der sie auch im abgelaufenen Jahr die Aufgaben der Vereinigung gefördert haben. Wir freuen uns dabei des von dem jungen Nachwuchs bekundeten Interesses, das in Aufnahmegesuchen der Absolventen seinen Ausdruck findet.

Professor Klöppel dankte sodann dem Geschäftsführer, Dr. Th. Krebs, Frau Best und Frau Schober sowie Herrn Dr. H. Slevogt, in seiner Eigenschaft als Schatzmeister, für die erfolgreiche Arbeit herzlich.

Im abgelaufenen Jahr konnten Lehrstühlen und Instituten an freien und empfangerbewusst bestimmten Spenden rund 650 000 DM zugeführt werden. Mitglieder aus der Industrie haben auch diesmal die Ausstattung der Lehrstühle und Institute mit Geräten und Einrichtungen durch beträchtliche Sachspenden oder *erhebliche* Preisnachlässe gefördert.

Die Mitgliederversammlung hat für das Vereinsjahr, nachdem der Vorstand für 64 000 DM, der Vorstandsrat für 174 000 DM Anträgen entsprochen hat, in ihrer Zuständigkeit, 66 000 DM bewilligt. Hierunter ist auch eine Dauerbewilligung von jährlich 6000 DM enthalten. Sie soll einer Anregung Sr. Magnifizenz folgend zur Belegung musischer Betätigung der Studenten dienen. Aus Anlaß der Wahl von Herrn Dr. Merck zum *Ehrenpräsidenten* soll dieser Betrag unter dem Namen „Karl-Merck-Preis“ für schriftstellerische, dichterische, schauspielerische, musikalische oder kompositorische Arbeiten und für Arbeiten auf dem Gebiet der Plastik, der Malerei und der Graphik verliehen werden. Ein Beispiel solcher musischer Leistung, die zugleich als kleiner Dank für diese Stiftung gedacht ist, wurde von Studenten einer kammermusikalischen Gruppe gegeben. Sie trugen das Quintett von Johann Christian Bach in G-Dur, opus 11, vor.

Wie alljährlich in der Ansprache des Vorsitzenden wurde von Professor Klöppel in seiner Eigenschaft als zweiter Vorsitzender streiflichtartig auf einige aktuelle Hochschulfragen hingewiesen.

Im Bereich der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung fand als besonderes Ereignis der letzten Monate der vom Bundesminister für wissenschaftliche Forschung dem Bundestag am 28. 1. 1965 vorgelegte *Bundesbericht „Forschung I“* Erwähnung. Danach sollten bis 1970 die Ausgaben von Staat und Wirtschaft für Forschung und Entwicklung allmählich auf 3% Anteil am Brutto sozialprodukt gesteigert werden, was einer Summe von etwa 15 Milliarden DM entspräche. Die Aufwendungen von Bund und Ländern müßten dabei von 4,3 Milliarden DM (1964) nach und nach auf 7 Milliarden DM jährlich angehoben werden. Weiterhin sollten nach dem Bericht die Länder und der Bund noch enger als bisher zusammenwirken, insbesondere aufgrund von Verwaltungsabkommen bei der Neugründung von Hochschulen mit dem Ziele, dem Bund zu ermöglichen, finanzschwachen Ländern hierbei zu helfen. Es wird darin noch ausdrücklich betont, daß die Wissenschaftspolitik nur anhand genauer statistischer Unterlagen und realistischer Bedarfsprognosen formuliert werden kann. Ein alljährlicher Bericht über den Stand dieser Entwicklung und den künftigen Bedarf, auch im Hinblick auf den Vergleich mit entsprechenden Planungen anderer Industrienationen, wird angestrebt. Der Bundesbericht „Forschung I“ ist einmal eine Darstellung von Fakten, statistischen Daten, Informationen, also eine Bestandsaufnahme; und zum anderen eine Prognose für die Zukunft mit einer gewissenhaften Vorausschätzung des Bedarfs des Bundes an Mitteln für die wissenschaftliche Forschung für 1966 bis 1968. Die fünf großen Förderungsprogramme des Bundes sind: mit 27% Anteil die Allgemeine Wissenschaftsförderung (Schwerpunkte: Ausbau der Hochschule, Förderung der Forschung über die großen Selbstverwaltungsorganisationen Deutsche Forschungsgemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft); mit 23,9% Anteil die Kernforschung und kerntechnische Entwicklung; mit 3,6% Anteil die Weltraumforschung; mit 38,9% Anteil die Verteidigungsforschung und mit 6,6% Anteil die

Studienförderung (besonders die Mitfinanzierung des „Honnefer Modells“ durch den Bund). Auch im Bereich der verwaltungsbezogenen Forschung bestehen Teilprogramme (etwa die Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung durch das Bundeswirtschaftsministerium).

Die Vorausschätzung des Bedarfs an Bundesmitteln für die Wirtschaftsforschung 1966 bis 1968 beträgt 10,5 Milliarden DM. In dieser Summe sind Studienförderung, aber auch Verteidigungsforschung und wehrtechnische Entwicklung enthalten. Der im Programm „Allgemeine Wissenschaftsförderung“ angemeldete Bedarf beträgt 3,4 Milliarden DM, worin auch Mittel des Bundes für Hochschulneugründungen enthalten sind. Der Hochschulneubau (bestehende Hochschulen und Neugründungen) wird nach Erhebung des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung nach dem Preisstand von 1963 gegen 21 Milliarden DM kosten. Diese Summe, die wahrscheinlich noch zu niedrig ist, wird in zehn bis fünfzehn Jahren aufzubringen sein. Daneben beträgt der Bedarf für den Schulbau nach den Feststellungen der Länderkultusminister allein bis 1970 nicht weniger als 40 Milliarden DM, und zwar müssen diese Summen für den Schulbau zusätzlich zu den laufenden Belastungen der Länder mit den fortdauernden Ausgaben für Schulen und Hochschulen aufgebracht werden. Diese gewaltige Aufgabe „Ausbau und Neugründungen von Hochschulen“ kann nur in gemeinsamer Anstrengung von Bund und Ländern gelöst werden, wobei auch zu überlegen ist, ob nicht durch einfachere und rationellere Bauverfahren Kosten gespart werden können.

Diese Zahlen setzen auch Maßstäbe für die Hochschule und Forschung, deren progressive Entwicklung anzustreben ist, wenn in der vom Wissenschaftsrat grundsätzlich bejahten Einheit von Lehre und Forschung, den wachsenden und deutlich sichtbaren Anforderungen entsprechend, die Gleichberechtigung der Forschung auch tatsächlich aufrechterhalten werden soll. Daß hierbei einer so anpassungsfähigen Hilfseinrichtung, wie die der Vereinigung der Freunde unserer Hochschule, ganz besonders wichtige Aufgaben der Direkthilfe im wachsenden Maße zufallen werden, liegt auf der Hand. Seitdem die Wissenschaft in der ganzen zivilisierten Welt als eine unentbehrliche Voraussetzung für die Selbstbehauptung einer Industrienation zum Politikum ersten Ranges geworden ist, drängt auch die Wirtschaft immer stärker auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen und Forschungsinstitute; sie wird damit neben Staat und Wissenschaft in diesem wichtigen Bereich zum dritten Partner. In dieser Triade kann keiner des anderen Aufgabe übernehmen. Wurde bisher immer von der wachsenden Verwissenschaftlichung unserer Gesellschaft gesprochen, so muß nach Schelsky schon jetzt von einer Vergesellschaftung der Wissenschaft gesprochen werden. Es offenbart sich damit ein Pragmatismus, der aber angesichts des fundamentalen Arguments: Wissenschaft – unser Schicksal – verständlich ist. Selbst ein ehemals so subtiler Begriff wie Bildung ist innerhalb weniger Jahre von der Politik im Sinne von Ausbildung integriert worden, woraus sich schon geläufig gewordene Wortbildungen wie Bildungsökonomie erklären. Von der klassischen Beschränkung des Bildungsbegriffes, der seine Wurzeln im geisteswissenschaftlichen Raum haben soll, ist bei den zahlreichen Veröffentlichungen über Studienfragen für wirtschaftsnahe Fächer kaum noch die Rede.

Den Technischen Hochschulen, und hier speziell den Ingenieurwissenschaften, entsteht in dieser Situation eine zweifache Aufgabe. Einerseits ist es die Entwicklung der Initiative zur Wahrnehmung aller personellen und institutionellen Maßnahmen und Planungen, um der jeweiligen Hochschule den Anschluß an die Generallinie der

von außen erzwungenen Entwicklung zu sichern, wozu der Wissenschaftsrat den Hochschulen ein breites Spektrum an Möglichkeiten angeboten hat und der Staat als eigentlicher Helfer ein möglichst elastisches, die Hochschule dafür aber zur Selbsthilfe verpflichtendes Hochschulgesetz praktizieren sollte. Andererseits entsteht den Hochschulen die Verteidigung des akademischen Studiums als Weg zum Humanum, das dem starken Politikum möglichst das Gleichgewicht halten soll. Im übrigen müßten die Hochschulgesetze auch deshalb elastisch sein, weil die zu berücksichtigenden Sonderverhältnisse der verschiedenen Hochschulen, der Fakultäten und selbst der einzelnen Lehrstühle so mannigfaltig sind, so daß man in dieser Hinsicht kaum noch von einer Einheit der Wissenschaften sprechen kann. Beispielsweise gibt es nach der Realisierung der Parallelprofessuren und der wesentlichen Erhöhung der Assistentenstellen im Bereich der Ingenieurwissenschaften kaum noch ein Massenproblem, und dennoch gehen viele Vorschläge für Neuregelungen von dieser Unterstellung aus. Auch hat die Hochschulreform, soweit sie die Lehre betrifft, an den Technischen Hochschulen keinen Stichtag; sie ist permanent von eh und jeh, weil man sonst den Anschluß an den schnellen Fortschritt der Technik gar nicht hätte aufrechterhalten können.

Bei der Neugestaltung der Forschung wird das Potential der Hochschule auf Großforschungen mit Schwerpunkten auszurichten sein, wozu Zentral-Institute mit übergeordneten Themenstellungen und interfakultativem Zusammenarbeiten der Professoren eine zukunftsreiche Möglichkeit bieten. Auch die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1964 herausgegebene Darstellung über „Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland“ spricht sehr für diese fakultätsübergreifenden Einrichtungen, weil es sich ergeben hat, daß unsere Bundesrepublik gerade auf diesen Gebieten, wo Querverbindungen zwischen den Fakultäten herzustellen sind, gegenüber den führenden Industrienationen am meisten zurückliegt. Zu den weiteren diesbezüglichen Möglichkeiten gehören auch die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft schon an manchen Hochschulen für bestimmte Fachgebiete zunächst nur auf Zeit gegründeten *units* mehrerer Forscher.

Neben dieser pragmatisch bestimmten Zielsetzung wird die Wahrnehmung des Bildungsauftrages der Hochschulen sehr schwer werden. Hier droht den Ingenieurwissenschaften die Gefahr, von den klassischen Universitätsdisziplinen (z. B. Theologie, Medizin, Jurisprudenz) in den Augen der Öffentlichkeit distanziert zu werden, wenn die im Schoße zweier Kultusministerien gehegten Vorschläge verwirklicht würden, wonach für das Studium der Ingenieurwissenschaften ein „schmalspuriges“ Abitur ausreichen soll, während als eigentliche Universitätsreife das bisherige Maturum gefordert wird. Der Verein Deutscher Ingenieure hat in der Öffentlichkeit hiergegen protestiert. Es wird aber darüber hinaus noch weiterer Anstrengungen bedürfen, um die Verwirklichung solcher Absichten zu verhindern, die die anzustrebende Parität aller wissenschaftlichen Disziplinen unberechtigterweise stören. Gerade dem Ingenieur wäre damit wahrscheinlich ein irreparabler Schaden zugefügt. Gewiß wird zu respektieren sein, daß der Bildungsbegriff den gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit entsprechend aus seiner traditionellen Enge befreit werden wird, wofür sich Helmut Becker einsetzt, der seit vorigem Jahr in Berlin das Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften leitet. Allen Wissenschaften ist gemeinsam, daß für den Geeigneten vom einzelnen Fach aus der Zutritt zum Allgemeingültigen einer tragfähigen neuzeitlichen Bildung möglich ist und daß auf diesem Weg das, was wir schlechterdings

von der wissenschaftlichen Tätigkeit erwarten können, mit gebildet wird: Fähigkeiten zur Welt- und Sachbewältigung, Mitverantwortung des einzelnen für das Ganze der Kulturbewegung und intellektuelle Rechtschaffenheit. Mit einer pseudo-humanistischen Ergänzung des Fachstudiums wäre diesem hohen Anspruch nicht genügt. Die Wahrnehmung dieser fundamentalen Aufgabe wird nicht nur eine Generation in Anspruch nehmen, sie ist aber von so überragender Wichtigkeit, daß sie keinen Aufschub verträgt.

Anschließend bat Herr Professor Dr. Klöppel Se. Magnifizenz, Professor Dr. Küntzel, das Wort an die Festversammlung zu richten.

Se. Magnifizenz führte unter anderem aus:

Es ist immer ein Freudentag für die Hochschule, wenn sie aus dem Bericht ihres Herrn Vorsitzenden die Höhe und den Umfang der Spenden und Geschenke genannt bekommt, welche die Freunde der Hochschule dieser im Laufe eines Jahres dargebracht haben. Die so Beschenkte kann nur und immer nur danken, und zwar kommt dieser Dank am deutlichsten zum Ausdruck, wenn er sich in persönlicher Anrede an eine bestimmte Person richtet.

Erlauben Sie mir, lieber Herr Dr. Merck, daß ich Sie als diejenige Person betrachte, in der sich für uns heute die Gesellschaft der Freunde unserer Hochschule verkörpert. Bitte, nehmen Sie aus meinem Munde den Dank aller Kollegen und Assistenten und aller Studenten entgegen, denen eine Förderung und Erleichterung durch die von Ihnen geleitete Vereinigung zuteil wurde, sei es durch Reisekostenzuschüsse, durch Ermöglichung von Exkursionen, durch Spenden für die Anschaffung dringend nötiger Geräte oder für Ergänzung des Büchereibestandes und für vieles andere. Wir danken Ihnen für Ihre vielfältige Arbeit zum Wohle der Hochschule und für Ihre wertvollen Ratschläge und Anregungen, die Sie in Ihren Ansprachen bei den Jahresversammlungen oder in persönlichen Gesprächen gegeben haben.

Es ist für uns eine besondere Freude, daß die Preisstiftung Ihrer Gesellschaft, die uns heute bekantgegeben wurde, die Stiftung eines Preises für musische Leistungen der Studenten, mit Ihrem Namen verknüpft ist. So wird Ihr Name immer dann aufklingen, wenn ein Karl-Merck-Preis vergeben werden kann, und wird uns an das erinnern, was Sie als Freund und Mäzen für unserer Hochschule getan haben.

Es ist üblich, daß der Rektor die Freunde der Hochschule nicht nur bei den Jahresversammlungen begrüßt, sondern daß er ihnen auch in aller Kürze berichtet, was Vater Staat, was Mutter Stadt, für das Sorgenkind Hochschule getan haben, um daran anknüpfend, den Finger auf die Stelle zu legen, wo der Schuh drückt. Und das tut er ja immer, meistens an der gleichen Stelle, manchmal aber auch an einer anderen.

Ich möchte mich heute wegen des langen Programms sehr kurz fassen, zumal erst kürzlich der Jahresbericht meines Vorgängers im Rektoramt zu Ihnen gelangt ist.

Das Jahr 1965 ist das Jahr der Bilanzziehung dessen, was der Wissenschaftsrat im Jahre 1960 den Landesregierungen für ihre Hochschulen zu tun empfohlen hat und was diese in den vergangenen vier Jahren getreulich durchgeführt haben. Wenige Zahlen mögen belegen, was zunächst in personeller Erweiterung des Lehrkörpers an unserer Hochschule geschehen ist. 1960 gab es in Darmstadt 75 Ordinariate und Extraordinariate. 1964 war die Zahl auf 123 angestiegen. Der Bestand an Ordinarien und Extraordinarien ist also um 64% vergrößert worden. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Assistenten von 204 auf 453, also um 120%. Damit ist sowohl die



Relation von Lehrstuhlinhabern zu Assistenten wie diejenige des Lehrkörpers insgesamt zu der Zahl der Studenten wesentlich verbessert worden. So hat unsere Hochschule allen Anlaß, der hessischen Landesregierung und dem Land Hessen für die prompte Erfüllung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates dankbar zu sein!

Mit der personellen Erweiterung hat allerdings die räumliche nicht Schritt halten können, was in der Natur der Sache liegt. Nach wie vor werden in unserer Hochschule größere Hörsäle schmerzlich entbehrt. Seit 1959 haben Jahr um Jahr an dieser Stelle und zu diesem festlichen Anlaß meine Vorgänger von dem großen Hörsaalgebäude gesprochen, das am Ostrande des Theaterplatzes erbaut werden soll, auf einem Gelände, das das Land mit erheblichen Mitteln von der Stadt erworben hat. Sehr hatte ich gehofft, am heutigen Tage berichten zu können, daß für dieses im Prinzip genehmigte Hochschulverwaltungs- und Hörsaalgebäude die Bauerlaubnis gegeben sei. Leider ist das noch nicht der Fall.

Erfreulich hingegen ist die Tatsache, daß vor wenigen Wochen die Bagger und Bodenräumer auf dem neuen Erweiterungsgelände am Ostrand der Stadt in lebhafter Tätigkeit getreten sind, nachdem das Stadtparlament der vorigen Wahlperiode noch vor der Neuwahl seine Zustimmung zu dem dort zu errichtenden neuen großen Hochschulzentrum gegeben hat. Dieses schöne Erholungsgelände am Waldrand der Bebauung freizugeben, ist den Stadtvätern gewiß nicht leichtgefallen. Um so mehr ist die Hochschule der Stadt zu Dank verpflichtet, daß sie für die in die Zukunft weisenden Pläne der Hochschule Verständnis zeigt und sich zu diesem großen Opfer bereit erklärt hat.

Ein gewaltiges Bauvorhaben ist da begonnen worden, und wenn zusätzlich – hoffentlich in absehbarer Zeit – das große Hörsaal- und Verwaltungsgebäude im Stadtkern in Angriff genommen werden sollte, so würde damit zusammen mit den noch nicht abgeschlossenen Institutsbauten am Botanischen Garten und dem Wiederaufbau der Gebäudetrakte im Schloßkomplex eine Bautätigkeit für die Hochschule entfaltet werden, die an Umfang und Vielfältigkeit das bisherige Bauvolumen wesentlich übersteigt.

Angesichts dieser gewaltigen Bauprojekte empfinde ich eine gewisse Besorgnis über eine Äußerung des Herrn Minister Dr. Lenz vom Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, der genau heute vor einer Woche bei der Beantwortung der großen SPD-Anfrage über Wissenschaftsplanung im Bundestag folgendes sagte: „Inzwischen ist der Ausbau der bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen derartig beschleunigt worden, daß die verfügbaren Baumittel nicht ausreichen, um dem Baufortschritt voll Rechnung zu tragen. Der Wissenschaftsrat sah sich daher bereits veranlaßt, in seinen Jahresempfehlungen 1964 und 1965 aus der Mitfinanzierung mit Bundesmitteln alle vor Beginn stehenden Baumaßnahmen auszuschließen.“

Zu diesen zu ernsthaften Befürchtungen Anlaß gebenden Ausführungen des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung kommen die ebenfalls besorgniserregenden Angaben im Großen Hessenplan, den die Landesregierung vor wenigen Wochen vorgelegt hat. Danach will die Regierung in den nächsten zwei bis drei Jahren die Bauprogramme der Universitäten Gießen und Marburg zum Nachteil von Darmstadt sehr viel stärker fördern; unsere Hochschule soll dafür in späteren Jahren stärker mit Baumitteln bedacht werden. Es wäre aber verhängnisvoll, wenn durch ein Nachlassen des Geldstroms die an den verschiedenen Stellen angelaufene Bautätigkeit ins Stocken geriete und nicht in dem Tempo weitergeführt werden könnte, das im Interesse größter Wirtschaftlichkeit eingehalten werden muß.

Erweiterung des Lehrkörpers, Vermehrung der wissenschaftlichen Hilfskräfte und Schaffung neuer Hörsäle und Institute sind notwendige Voraussetzungen dafür, daß die Hochschule in naher und ferner Zukunft ihre Forschungs- und Ausbildungsaufgaben bewältigen kann. Aber damit allein ist es offenbar nicht getan und Sie wissen, daß man es den Hochschulen und ihren Professoren zum Vorwurf macht, daß die gewaltigen Aufwendungen der öffentlichen Hand nicht die erwarteten Resultate erbracht, nicht die öffentliche Kritik zum Verstummen gebracht haben! Man spricht von einer Bildungskatastrophe und zieht in diese Pauschalverdammung unseres gesamten Bildungswesens auch die Hochschulen ein.

Es scheint mir daher angebracht, einmal der Frage nachzugehen, wieweit sich unsere Hochschule von dieser sehr allgemein vorgebrachten Kritik an den Hochschulen getroffen fühlen kann, einer Kritik, die besonders durch den Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Dichgans vorgetragen wird.

Wer als Rektor in seinem Amtsjahr die Pflicht hat, 600 Diplom- und Doktorurkunden zu unterzeichnen und sich so ein Bild von den Examensergebnissen machen kann, gewinnt eigentlich nicht den Eindruck, daß die Dinge hier so sehr im argen liegen! Der Hauptvorwurf, der den hohen Schulen gemacht wird, ist der, daß das Studium sich gegenüber früher um mehrere Semester verlängert hat, und in der Tat bestätigt die Statistik auch unserer Hochschule, daß in dem Jahrzehnt seit der Währungsreform die Durchschnittssemesterzahlen bis zum Abschluß der Diplomhauptprüfung stetig angestiegen sind. Jedoch vom Studienjahr 1959-1960 an sind bei uns die Semesterzahlen konstant geblieben oder gar rückläufig geworden und die in diesem Zeitraum durchgeführten Anstrengungen der Fakultäten, die Lehrpläne und Prüfungsordnungen zu vereinfachen und neuartige Unterrichtshilfen zu schaffen, werden auf die Dauer eine Verkürzung der Studienzeit zur Folge haben. Gegenwärtig liegen die Zahlen für die mittlere Studiendauer zwischen 12 und 14 Semestern, 12 Semester brauchen im Durchschnitt die Architekten, 14 Semester die Bauingenieure. Bei den Studenten der übrigen Fakultäten liegen diese Zahlen zwischen den angegebenen Grenzen.

Es handelt sich hierbei um Durchschnittszahlen. Das bedeutet, daß in diese Statistik auch die Semesterzahlen von solchen Studenten eingehen, die aus Gründen verschiedener Art, dabei auch aus durchaus ehrbaren Gründen, ihr Studium ausdehnen und in extremen Fällen Semesterzahlen erreichen, die über 20 hinausgehen. Hierdurch wird natürlich das durch die Statistik gelieferte Bild verzerrt.

Zur Korrektur dieses Bildes muß man daher fragen, wie groß die Semesterzahl derjenigen Studenten ist, die ihr Studium mit dem Bestreben durchführen, möglichst bald zu einem Abschluß zu gelangen. Wir fragen also nach der Mindestsemesterzahl und stellen hier fest, daß im Studienjahr 1963/64 von solchen Studenten das Studium bis zum Diplomexamen in den Fakultäten Architektur, Maschinenbau und Elektrotechnik in 9 Semestern bewältigt werden konnte:

10 war die Mindestsemesterzahl bei den Fakultäten Chemie, Biologie, Geologie und Mineralogie, bei der Fakultät für Mathematik und Physik und der Fakultät für Kultur- und Staatswissenschaften. Bei den Bauingenieuren scheint jedoch das Ziel des Studiums offenbar erst nach der Mindestsemesterzahl 11 erreichbar zu sein. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß das Studium an unserer Hochschule in relativ vernünftigen Zeiten bewältigt werden kann.

Das führt mich zu dem neuen Hochschulgesetz, das als Entwurf kürzlich von der hessischen Landesregierung ihrem Parlament vorgelegt worden ist. Diese Gesetzes-

vorlage nimmt für sich in Anspruch, die Hochschulen zu reformieren. Sie will auf die innere Struktur der Hochschulen im Sinne eines Reglements und eines gesetzlich verankerten Dirigismus Einfluß nehmen und dadurch unter anderem auch auf eine Verkürzung des Studiums hinwirken. Wir Hochschulprofessoren, hier sowohl als auch an den anderen drei Universitäten unseres Landes, sind jedoch überzeugt, daß dieses Ziel durch gesetzliche Regelungen dieser Art nicht erreicht werden kann. Wenn z. B. der Gesetzgeber festlegen will, daß künftighin im Sommersemester ein ganzer Monat länger Vorlesungen und Übungen gehalten werden sollen zum Nachteil der für die Forschung, für Prüfungen, für Exkursionen, für Wiederholungskurse und für Examensvorbereitungen vorlesungsfrei bleibenden Zeit, so sind wir in Übereinstimmung mit den Studenten der Meinung, daß hierdurch das Studium nicht nur nicht verkürzt, sondern im Gegenteil eher verlängert wird.

Wenn ich anfangs sagte, daß uns der Schuh meistens an derselben Stelle drückt, nämlich dort, wo der „nervus rerum“ berührt wird, daß er aber auch gelegentlich an anderer Stelle drücken kann, so ist mit der anderen Stelle dieses Hochschulgesetzes gemeint, das uns seit September vergangenen Jahres bis heute beschäftigt hat und noch lange in Atem halten wird. Wir hoffen, daß wir bei den Abgeordneten des hessischen Landtags mehr Verständnis für unsere Vorstellungen eines Hochschulgesetzes finden werden als bei der Regierung.

Die vier hessischen Hochschulen haben diese Gesetzesvorlage abgelehnt, weil sie nicht den eingehend dem Herrn Kultusminister vorgetragene Vorstellungen der hessischen Hochschulen entspricht. Der Große Senat der Technischen Hochschule hat am 26. Mai einstimmig eine Erklärung abgegeben, die mit folgenden Worten endet: Aus ernster Sorge um das Schicksal der hessischen Hochschulen richtet der Große Senat der Technischen Hochschule Darmstadt nunmehr den dringenden Appell an die Abgeordneten des Hessischen Landtags, in der Hochschulgesetzgebung die notwendige Reform in geistiger Freiheit statt im Geiste staatlicher Reglementierung einzuleiten. Es liegt jetzt ausschließlich an Ihnen, dafür zu sorgen, daß die Gelegenheit nicht versäumt wird, mit zeitnaheem Verständnis, mit der nötigen Sachkunde und mit über das vordergründige Aktuelle hinausreichendem Weitblick zu verfahren. Professor Klöppel dankte Sr. Magnifizenz und erteilte sodann dem Herrn Regierungspräsidenten das Wort.

Herr Regierungspräsident Dr. Günter Wetzel übermittelte die Grüße und den Dank der Hessischen Landesregierung. Er forderte eine stärkere Ausnutzung des Forschungspotentials und der Bildungsmöglichkeiten an unseren Hochschulen.

Namens der Stadt Darmstadt begrüßte Herr Bürgermeister Dr. Ernst Holtzmann die Vereinigung und übermittelte ihr den Dank für die tatkräftige Unterstützung der Hochschule. Der neue erste Vorsitzende, Herr Ehrensenator Dipl.-Ing. Ludwig Büchner, setzte die Tradition der Verbindung der Ernst-Ludwigs-Hochschulgesellschaft mit Trägern bedeutsamer Namen der Darmstädter Geistesgeschichte fort. Herr Dr. Holtzmann erinnerte an die Zeit, als in der Stadtverordnetenversammlung und dem Landtag mehrere Professoren der Technischen Hochschule als Abgeordnete saßen. Er bezeichnete dies als eine glückliche Lösung, mit der sich manche Schwierigkeiten im Verkehr zwischen der Hochschule und ihren Geldgebern beheben ließen.

Den Festvortrag hielt Herr Professor Dipl.-Ing. Max Bächer über das Thema „Architekt und Gesellschaft“. Er führte u. a. aus:

Seitdem die französische Revolution die Machtstellung geistlicher und weltlicher Machthaber beendet hat, hat sich unsere Gesellschaftsstruktur, unser Wirtschaftsleben

und das Bild unserer Städte von Grund auf verändert. Die Industrialisierung hat feste Tarifverträge und Arbeitslosigkeit, Wohlstand und Chaos, Industriebindung und Gemeinschaftsverlust gebracht. Noch nie hat der Mensch in seiner langen Entwicklung so unabsehbare Möglichkeiten, seine Umwelt nach seinem Willen zu gestalten besessen und so wenig Fähigkeiten, diese zu beherrschen. Alle Erkenntnisse der Technik und der Naturwissenschaften fliegen wie ein Bumerang auf ihn zurück und bedrohen ihn in seiner Existenz. Der Haushalt unserer Erde ist völlig in Unordnung gebracht.

Die Technik benötigt riesige Massenzusammenballungen, die Bevölkerung erreicht unvorstellbare Wachstumskoeffizienten, die Entfernungen zählen nicht mehr, der Komfort steigt und die Leute langweilen sich. Das sind die Charakterzüge der gegenwärtigen Situation. Neue Entwicklungen stehen bevor: die Emanzipation der Automation, der Griff in den Mikro- und den Makro-Kosmos.

Irgendwo in dieser Entwicklung steht der Architekt, der einzelne Häuschen baut, der von seinem Auftraggeber als so etwas wie ein Fassadendekorateur angesehen wird, Vertreter eines Luxus-Berufes, den der private Auftraggeber herbeiruft, wenn er Geld für „Verschönerungen“ übrig hat. Die eigentlichen Produzenten unseres riesigen Bauvolumens, die Siedlungsgesellschaften bedienen sich des Architekten als eines gedankenlosen Erfüllungsgehilfen, der den Geschäftsablauf möglichst nicht durch das Experiment hindert. Das Heer von Architekten ist mit dieser Rolle zufrieden. Das anspruchsvolle Berufsbild dient ihm als Aushängeschild zur Sicherung seines Berufsprestiges. Er hat sich dem verlockenden Markt ergeben und lebt von der wirtschaftlichen Chance der Konjunktur und dem verblässenden Image des Künstlers. Die Wahl der Automobilmарke und der Krawatte sind meist exaktere Nachweise dafür, als die berufliche Leistung.

Abseits davon steht sozusagen in „splendit isolation“ der große freie Architekt als Garant von städtischen Kunstpreisen, dessen Bauwerke diskutiert werden und allenthalben Fach- und Tageszeitschriften füllen. Seine Werke bilden denkmalhafte Inseln in unserer Umwelt. Man pilgert zu ihren Bauten wie zu den Ruinen vergangener Kulturen. Ihre Bedeutung soll nicht unterschätzt werden. Wenn man jedoch ein Flugzeug benötigt, um diese Spitzenerzeugnisse individueller Baukunst in dem Brei der Überbauungen zu finden, so kann damit zwar nicht ihr architektonischer Wert, aber ihr Wert für die Entwicklung des gesamten Bauvolumens angezweifelt werden. An den Mängeln dieses Gesamtvolumens aber ersticken unsere Städte, an ihren Behebungsversuchen brechen unsere kommunalen Budgets zusammen.

Das Bild der Berufe stimmt nicht mehr. Es hat seine Bindung an die Aufgaben der Zeit verloren und ist zu einem stumpfen Schema geworden, das den gegenwärtigen Forderungen in keiner Weise mehr gerecht werden kann und keinen Ansatz für die Lösung der sich abzeichnenden zukünftigen Aufgaben bietet. Der Architekt hat den Kontakt zur Gemeinschaft und zur Bauindustrie verloren. Zwei Grundelemente müssen die Basis für eine neue Aufgabenstellung sein: die kollektive Gemeinschaft und ihre Daseinsbereiche und die ungeahnten Produktionsmöglichkeiten der Bauindustrie. Das Wesen der industriellen Gesellschaft ist das Kollektiv. Die Intelligenz des Einzelnen ist in einer Gesamtintelligenz aufgegangen, deren Leistung unsere Lebensbedingungen bestimmt. Das Kollektiv wird überall dort bereitwillig akzeptiert, wo es die Existenz des Einzelnen sichert oder verbessert. Eine gleichzeitige Reaktion auf diese Bewegung ist jedoch die ständige Angst vor der Vermassung, die gesellschaftliche Platzangst des Menschen unserer Zeit. Sie drückt sich in der Suche

nach Sicherung der individuellen Rückzugsmöglichkeit aus und basiert folgerichtig auf traditionellem Besitz und Erscheinungsform.

Auf dem Gebiet des Planens und Bauens droht sich der Fortschritt unserer Gesellschaft in sein Gegenteil zu verkehren. Auf Kosten der geistigen und materiellen Substanz unserer Städte und Landschaften entwickelte sich ein scheinbarer Individualismus, scheinbar deshalb, weil er sich lediglich an eine überkommene Form klammert, deren Inhalt der der geforderten persönlichen Entfaltung keinen Raum mehr geben kann.

Die sinnvolle Zuordnung aller Vorgänge als Prinzip der Produktivität der Industrie und ihrer Gesellschaft findet kaum Eingang in die Planung ihrer Lebensbereiche. Wenn der ganze Komplex auch unlösbar in politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verflechtungen gebunden erscheint, so fällt uns Architekten doch die Pflicht zur Analyse und zur Formulierung der Aufgabe zu. Wenn wir uns nicht von der Triebfeder der modernen Gesellschaft, der Gemeinschaftsleistung lossagen wollen, müssen wir Mittel und Wege finden, die Struktur unserer Berufe zu ändern, sie dem Maßstab der Aufgabe anzupassen. Wir können nicht warten, bis politische Voraussetzungen die Neuordnung unserer Daseinsbereiche möglich machen werden. Wir brauchen komplexe Planungen der Stadt- und Landschaftsorganismen, deren einheitliche Betrachtung nur in einer planerischen Gemeinschaftsleistung erfüllt werden kann, denn die Aufgabe reicht von der neuen Konzeption des einzelnen Hauses bis zur ganzen Stadt. Die Straße und die Brücke, die Wohnung und die Arbeitsstätte, der Verkehr, die Landschaft, die Erholung, die Industrie sind ein untrennbares Ganzes. Das Kollektiv, das anonyme Team von Planern und Fachleuten der verschiedenen Sparten ist die erste Voraussetzung für eine ebenbürtige Zusammenarbeit mit der Bauindustrie, bei welcher der Schlüssel für die Verwirklichung aller Ideen liegen muß. Die Industrie darf sich nicht mehr einer Unzahl von divergierenden Anforderungen, die mit einem unerschöpflichen Detaillagebot beantwortet werden, gegenüber sehen. Dem Gesetz ihrer Kapazität folgend wird sie sich bereitwillig auf die Fertigung der großen Serie verlegen, wenn die Tür dazu geöffnet wird, Vorfabrikation, Standardisierung sind Forderungen, die unsere Zeit stellt. Die Aufgabe umfaßt die neue Gliederung ganzer Quartiere, von der Neuordnung der Wohnung bis zu den Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen. Der Beweis ist zu führen, daß die angestrebte Individualität des Wohnens in neuen, kühnen Strukturen die eng an die Stadtformen und ihre bewegliche Entwicklung angepaßt werden müssen, erreicht werden kann.

Allein die Programmierung, die Analyse der Möglichkeiten erfordert große Teams mit der geistigen Leistungsfähigkeit, die heute für ähnliche Vorgänge in der Industrie vorausgesetzt wird. Die Ausbildungsziele unserer Architekturschulen und die Bemühungen der Berufsverbände werden sich auf dieses komplexe Problem einstellen müssen. Welche Rolle spielt jedoch die Architektur als Kunst in einer solchen Entwicklung? Ist sie nicht überflüssig geworden? Diese Frage drängt sich auf, wenn man die Realität unvoreingenommen betrachtet. Teams, Baugesellschaften, Architekturbeamte, Montagefabriken werden den Markt beherrschen, die Architekten, die als Künstler in diese Realität einzugreifen und sie zu bestimmen in der Lage sind, werden in den meisten Fällen von unserer Gesellschaft als utopisch und unrealistisch verlacht und bekommen keine Aufträge. Der Architekt hat es mit einer Gesellschaft zu tun, die den Kontakt zum Objekt verloren hat, die nach dem Schein, dem Aussehen als ob, doch nicht nach dem Sein, nicht nach der Identität von Architektur und Zeit

fragt. Man behauptet, menschlich bauen zu wollen, und die Technik sollte dabei helfen. Man ist jedoch nicht human, sondern nur humanistisch. Man baut organförmig, jedoch nicht lebendig, es entstehen technisch perfektionierte Äußerlichkeiten, statt Leben finden wir Denkmäler. Es hat sich vieles gewandelt in den letzten Jahren, doch wie steht es um das Bewußtsein der verantwortlichen Gremien? Diejenigen, die das Volk regieren, mögen in ihrem eigenen Bereich glänzende Begabungen sein. In ihrer Urteilsfähigkeit über Planungsfragen geraten sie immer wieder in den Sog des persönlichen, künstlerischen Geschmackes, in dem ein bezeichneter Bruch zwischen einem hochentwickelten rationalen Denken und einem zurückgebliebenen emotionellen Aufbau sichtbar wird. Ihre gefühlsmäßigen Reaktionen sind noch durchtränkt von den Pseudo-Idealen des 19. Jahrhunderts. Darum ist es nicht verwunderlich, daß die meisten künstlerischen Urteile von offizieller Seite verheerend sind und die Entscheidungen in bezug auf Stadtplanung in gefährlichem Maße den Kontakt mit der heutigen Zeit verloren haben. Wie tragisch sich dieser Zwiespalt zwischen schöpferischen Lösungen und der Urteilsunfähigkeit unserer Politiker und Behörden ausgewirkt hat, zeigt am deutlichsten der Wiederaufbau. Aber die Zerstörung geht weiter. Die Baugesetze richten eine heillose Verwüstung an, indem sie durch Paragraphen, eine Zonenbebauung, Längen- und Breiten-Vorschriften, Abstandsregeln und geringe Überbauungsziffern die Zerstörung des Landschaftlichen geradezu erzwingen. In der Praxis ist aber nicht Gesetzgeber das Volk und es ist auch nicht das Volk, das die Entwicklung hemmt, sondern diejenigen, die meinen, es könnte durch Eingehen auf billige Instinkte leichter regiert und leichter gewonnen werden. „Dagegen“ ist gewöhnlich nicht das Volk, dagegen sind immer jene, die „nicht wollen“. Es fehlt am öffentlichen Bauherrn, der die Hand bietet zum Versuch. Statt dessen beschränkt sich der Gesetzgeber auf das, was meßbar und schaubar ist. Experiment schließt Risiko und Verantwortung ein. Das ist der Grund, weshalb es nicht gefördert wird. Unsere Umwelt kann aber nur durch das Experiment und durch die Utopie, durch die Imagination des freien schöpferischen Geistes gestaltet werden. Die sogenannte Architektur ist tot. Sie ist am geistlosen Klischee der großen Architekturbetriebe und am ebenso geistlosen Festhalten der mächtigen Auftraggeber an pseudodemokratischen Scheinlösungen gestorben. Diejenigen, die sie neu beleben könnten, sind da. Eine Generation mit einer ungestörten Ausbildung, die keine Schuld mit sich herumzutragen hat ist herangewachsen und ist dabei, sich eigene Lebensformen zu schaffen. Sie sieht unsere Zeit nicht mehr mit den Maßstäben einer vorindustriellen Gesellschaft an. Sie hat mehr Realitätssinn und versteht es eher, ihre Lebensform mit der Zeit in Einklang zu bringen. Dieser Generation die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, sie frei wachsen zu lassen, damit nicht die ersten schüchternen Ansätze einer Gesellschaft von morgen, die die Probleme mit anderen Augen sieht als wir, im Keim erstickt werden und die vorwärtsdrängenden Ideen an der Unbeweglichkeit maßgeblicher Gremien und Institutionen scheitern, ist unsere Aufgabe. Ihre Utopien sind Wirklichkeit von morgen.

Wie alljährlich war auch Gelegenheit gegeben, Hochschulinstitute zu besichtigen.  
Es wurden gezeigt:

Ausstellung Internationales Feriencentrum  
(Gemeinschaftsveranstaltung der Architekturfakultäten Darmstadt und Wien)  
Gast-Professor Dr. Karl Schwanzer  
Lehrstuhl und Institut für Druckmaschinen und Druckverfahren  
Professor Dr. rer. pol. Wolfram Eschenbach

Staatliche Materialprüfungsanstalt  
Professor Dr.-Ing. Heinrich Wiegand

Alle Führungen begegneten lebhaftem Interesse.

Nach dem Mittagessen in dem Neubau der Otto-Berndt-Halle begab man sich in Omnibussen und Privatwagen zur Besichtigung der Firma CALTEX DEUTSCHLAND GmbH, Ölraffinerie nach Raunheim, wo die Teilnehmer mit diesem modernsten Werk der Mineralölindustrie in aufschlußreichen Vorträgen bekannt gemacht wurden.

Ein Teil der Teilnehmer traf sich anschließend noch zu einem frühen Abendimbiß in der neu eingerichteten Gaststätte Onkel Toms Hütte bei Walldorf.

Dr. Dr. rer. nat. h. c. K. Merck

Professor Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. K. Klöppel

Dr. H. Slevogt